



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Dr. Martin Huber, Josef Zellmeier, Sylvia Stierstorfer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Karl Freller, Petra Guttenberger, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Dr. Petra Loibl, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Martin Schöffel, Bernhard Seidenath, Dr. Ludwig Spaenle, Peter Tomaschko CSU

Drs. 18/21374, 18/22236

Keine Diskriminierung der deutschen Minderheit in Polen

Der Landtag stellt fest, dass das Übereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten jegliche Diskriminierung einer Person wegen Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit verbietet. Ferner verpflichtet es die Mitgliedstaaten zum Schutz der Freiheitsrechte und zu umfänglichen Fördermaßnahmen zugunsten der nationalen Minderheiten. Weiter stellt der Landtag fest, dass darüber hinaus traditionell in einem Staat gesprochene Minderheiten- und Regionalsprachen durch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen als bedrohter Aspekt des europäischen Kulturerbes geschützt und gefördert werden.

Der Landtag bedauert vor diesem Hintergrund die vom Parlament der Republik Polen beschlossene Kürzung der Finanzmittel für den muttersprachlichen Unterricht der deutschen Minderheit in Polen und die damit verbundene Reduzierung der Stundenzahl für diesen Unterricht.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, auf den Bund hinsichtlich einer Erörterung der Problematik und einer raschen und konstruktiven Lösungsfindung hinzuwirken. Ein geeignetes Format hierfür könnte der Runde Tisch zu Fragen der Förderung der deutschen Minderheit in Polen und der polnischstämmigen Bürger in Deutschland sein, in deren Rahmen auch die Anliegen der – nicht autochthonen – polnischen Community hierzulande zu berücksichtigen und zu behandeln wären.

Gleichzeitig wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen des bayerisch-polnischen Dialogs diese Problematik weiter zu thematisieren und für eine konstruktive Lösung zu werben.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident